

**Postulat Reusser Christina und Mit. über die Schaffung eines Luzerner Jugend-Kantonsrat-Tages (P 399)****Eröffnet: 10. März 2009; Gesundheits- und Sozialdepartement, i.V. Staatskanzlei****Antrag Regierungsrat:** Erheblicherklärung**Begründung:**

Mit dem Postulat wird gewünscht, dass wir im Rahmen einer aktiven Kinder- und Jugendpolitik die Schaffung eines jährlich stattfindenden Luzerner Jugend-Kantonsrat-Tages prüfen.

Die aktive Förderung der Jugend ist notwendig, um einen politisch aktiven und interessierten Nachwuchs zu erhalten. Es ist Auftrag der Kantone, die Vorgaben der Artikel 11, 41 und 67 der Bundesverfassung auf kantonaler Ebene umzusetzen.

Erhalten Jugendliche die Möglichkeit sich zu äussern, ihre Wünsche, Erwartungen und Ansichten zu formulieren und machen sie dabei die Erfahrung, ernst genommen zu werden, wird Eigenverantwortung gefördert. Dies bewirkt unter Anderem auch, dass die Jugendlichen eine engere Beziehung dem Staat, den staatlichen Einrichtungen sowie der eigenen Generation gegenüber entwickeln. Die Partizipation der Kinder und Jugendlichen an ihrer unmittelbaren Umwelt lässt das Verantwortungsbewusstsein wachsen und hat eine präventive Wirkung.

Demokratische Gesellschaften bauen darauf auf, dass Kinder und Jugendliche zu aktiven und engagierten Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen. Je früher demokratische Prozesse eingeübt werden können, desto eher sind die Kinder und Jugendlichen später bereit, Verantwortung zu übernehmen<sup>1</sup>.

Die politische Bildung der zukünftigen Bürgerinnen und Bürger der Schweiz wird nicht als zufriedenstellend beurteilt. Wie die IEA-Studie<sup>2</sup> zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern ergeben hat, liegt die konventionelle politische Partizipation der Jugendlichen signifikant unter dem internationalen Mittelwert<sup>3</sup>.

Wie dem Bericht des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) mit dem Titel „Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik“ zu entnehmen ist, stellt die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf Bundesebene - neben Schutz und Förderung - ein zentrales Element der staatlichen Ausrichtung der schweizerischen Kinder- und Jugendpolitik dar. „Der Bundesrat misst der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen eine hohe Bedeutung bei, insbesondere auch deshalb, weil im politischen System der direkten Demokratie das Erlernen von demokratischen Spielregeln und die Motivation für die Teilnahme am politischen Geschehen besonders wichtig sind (2008: 27)“.

---

<sup>1</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (2004): „mitWirkung!“ – eine Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung.

<sup>2</sup> IEA (International Association for the Evaluation of Educational Achievement)

<sup>3</sup> Vgl. Camine Maiello (2003): Politisches Engagement und politische Aktivität, in: Fritz Oser / Horst Biedermann (Hrsg.), Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern, Verlag Rüegger, Zürich.

Da persönliche Nähe und der eigene Bezug zu den politischen Themen einen wesentlichen Einfluss auf die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am politischen Geschehen ausüben, sind institutionalisierte Partizipationsformen auf Gemeindeebene primär geeignet, mit dem politischen Geschehen unserer Demokratie vertraut zu werden. Dafür gibt es unter anderem in Städten und Gemeinden Kinder- und Jugendparlamente oder Jugendräte. Wenn in der Gemeinde Jugendliche für die politische Arbeit sensibilisiert werden, ist es sinnvoll, wenn sie auch die beiden andern Staatsebenen kennenlernen. So möchte der Bundesrat einerseits allen Bevölkerungsschichten die Möglichkeit geben, an der Jugendsession teilzunehmen und andererseits hat er eine Verankerung zur Unterstützung der Kantone im Aufbau von partizipativen Strukturen im Jugendfördergesetz (JFG, SR 446.1) vorgeschlagen.

Auf diesem Hintergrund erachten wir die Idee eines Luzerner Jugend-Kantonsrat-Tages grundsätzlich als positiv. Sie bietet den Jugendlichen des Kantons Luzern die Möglichkeit, ihre Ansichten und Vorstellungen zu platzieren, ihr demokratisches Wissen auszubauen und in der Praxis anzuwenden. In Anbetracht der immer grösser werdenden Schwierigkeiten der Parteien, Personen für die politische Arbeit zu finden, besteht die Chance, Jugendlichen den Zugang zur Politik zu erleichtern und sie vermehrt zur Parteiarbeit in den Gemeinden zu motivieren. Weiter wird durch ein solches Projekt den Jugendlichen signalisiert, dass sie ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft sind und ihre Anliegen ernst genommen werden.

Für die Schaffung eines Jugend-Kantonsrat-Tages stellen sich allerdings folgende Fragen, die einer Klärung bedürfen:

- Wie werden Jugendliche aktiviert und motiviert, an dem Jugend-Kantonsrat-Tag zu partizipieren?
- Von wem oder welcher Stelle wird dieser Tag organisiert und durchgeführt?
- Wie hoch belaufen sich die Kosten für die Schaffung und Führung eines Jugend-Kantonsrat-Tages?
- Wie wird die Nachhaltigkeit des Jugend-Kantonsrat-Tages garantiert?
- Was geschieht mit den Ergebnissen und Beschlüssen solch eines Tages?

Aufgrund dieser Fragen erscheint es uns notwendig, die Schaffung eines Jugend-Kantonsrat-Tages in die zukünftige Strategie der gesamten Kinder- und Jugendpolitik des Kantons Luzern zu stellen. Wir schlagen daher vor, diese Frage im Rahmen des vorgeschlagenen Leitbildes für eine Kinder- und Jugendpolitik des Kantons Luzern (Postulat P 373 von Jeannette Chrétien Merz vom 27. Januar 2009) als mögliche Massnahme zu prüfen und gegebenenfalls mit den weiteren Schritten des Bundes zu koordinieren.

Wir empfehlen deshalb, das Postulat in diesem Sinne als erheblich zu erklären.

Luzern, 9. Juni 2009 / RRB-Nr. 694

ges\_laufnr / dok\_titel